

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Die Entscheidung über die HSH Nordbank muss vertagt werden, wenn die Landesregierung die notwendigen Beratungsunterlagen nicht unverzüglich zur Verfügung stellt!

Nr. 110.09 / 17.03.2009

Zur HSH Nordbank erklärt die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold**:

Bis heute hat die Landesregierung die Beschlüsse des Finanzausschusses nicht umgesetzt: Weder gibt es die angeforderte Synopse der unterschiedlichen Modelle mit ihren Auswirkungen auf den Landeshaushalt, noch die vom Ausschuss benötigten Unterlagen und Gutachten. Auch fehlt noch die Beantwortung einiger Fragen, die meine Fraktion gestellt hat.

Warum wird uns der Vertrag zwischen der Landesregierung und dem SoFFin zur Übernahme von Garantien, der am 26.11.09 abgeschlossen wurde, nicht zur Verfügung gestellt?

Warum werden uns die Antworten der HSH Nordbank auf 70 Nachfragen des SoFFin nicht vorgelegt?

Warum erhalten wir nicht die vorhandene Dokumentation des strategischen und organisatorischen Neuausrichtungsprozesses?

Warum wird dem Finanzausschuss keine schriftliche Stellungnahme der eingeschalteten Gutachter über die Tragfähigkeit des neuen Geschäftsmodells vorgelegt?

Und wo bleibt die bereits am 19. Februar vom Finanzausschuss angeforderte Synopse über die unterschiedlichen Modelle und ihre Auswirkungen auf den Landeshaushalt?

Auf unseren Antrag hin hat der Finanzausschuss die Landesregierung letzte Woche einstimmig aufgefordert, alle oben genannten Dokumente zügig vorzulegen. Seitdem ist nichts geschehen. Und das Parlament soll schon in einer Woche über die größte Finanzspritze aller Zeiten entscheiden. Deshalb ist es eine Unverschämtheit, dass die Landesregierung die für die Beratung notwendigen Unterlagen bisher nicht zur Verfügung gestellt hat. Auf dieser Grundlage darf das Parlament nicht über 13 Mrd. Euro entscheiden.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Informationen unverzüglich zur Verfügung zu stellen, ansonsten werden wir eine Vertagung der Beschlussfassung beantragen.
